
Ver?ffentlichungsdatum: 12-07-2004

Quelle: [Deutsche Welle](#)

Irak, Bosnien und Sudan stehen auf der Tagesordnung des EU-Au?enministertreffens am 12.7. in Br?ssel. Der irakische Premier Ijad Allawi war zwar zu dem Treffen eingeladen worden, aber aus der Reise wurde nichts.

Eigentlich h?tte Allawi kommen wollen. Und Br?ssel h?tte auch nur eine Station auf der ersten Auslandsreise des amtierenden Chefs der irakischen ?bergangsregierung sein sollen, denn er wollte mehreren Staaten im Nahen Osten und auch Gro?britannien einen Besuch abstatten. Aber wegen der angespannten Sicherheitslage im Irak sei es ihm nicht m?glich, sein Land zu verlassen, hie? es kurzfristig in Br?ssel.

Statt Allawi wird Au?enminister Hoshyar Zebari an einem Mittagessen mit den Ministern teilnehmen und ?ber die W?nsche des Iraks an die Europ?er sprechen. Die Tatsache, dass der irakische Au?enminister nicht als erstes nach Washington reist, wird in Br?ssel als Zeichen daf?r gewertet, dass die ?bergangsregierung Unabh?ngigkeit demonstrieren und sich Europa ann?hern will.

Wahrscheinlich wird Zebari auch das NATO-Hauptquartier besuchen. Die Allianz hatte dem Irak bei ihrem Gipfeltreffen Ende Juni in Istanbul Hilfe bei der Ausbildung von Sicherheitskr?ften zugesagt. Einzelheiten ?ber Art und Umfang der Hilfe m?ssen noch ausgehandelt werden.

1. Vage Zusagen an den Irak

Bei den Vorbereitungen auf das Treffen mit dem irakischen Au?enminister konnte sich die EU nur auf eine allgemein gehaltene Erkl?rung einigen, in der dem Irak Hilfe beim Wiederaufbau und der Organisation freier Wahlen zugesichert wird. Weiter gehende Forderungen von Gro?britannien und Polen, die Truppen im Irak stationiert haben, wurden vor allem von den Kriegsgegner Deutschland und Frankreich ausgebremst, erkl?rten Diplomaten in Br?ssel.

Unklar ist zum Beispiel, ob und wann die EU in Bagdad ein B?ro er?ffnen oder sich an der Ausbildung von Polizisten beteiligen k?nnte. Seit 2003 hat die EU rund 305 Millionen Euro an Hilfszahlungen in den Irak ?berwiesen. Im kommenden Jahr sollen weitere 200 Millionen Euro folgen. Diese Summe soll dem irakischen Au?enminister noch einmal best?tigt werden.

Ansonsten sollen mit dem Gast aus Bagdad informell Fragen zum Notstandsrecht, zum Schuldenerlass f?r den Irak und zu einer m?glichen internationalen Irak-Konferenz diskutiert werden. Eine feste Tagesordnung gibt es nicht. Der Beauftragte f?r gemeinsame Au?en- und Sicherheitspolitik der EU, Javier Solana, ist zu einem Gegenbesuch in Bagdad bereit.

2. Bosnien-Mission mit neuem Etikett

Die Au?enminister der Union werden die Struktur der k?nftigen EU-Mission in Bosnien-Herzegowina beschlie?en. Auf dem Balkan ?bernimmt die EU von der NATO die F?hrung der Schutztruppe SFOR, die auf franz?sischen Vorschlag hin in ALTHEA umbenannt wird. 1995 hatte die internationale Staatengemeinschaft nach langem Z?gern, dann aber mit massivem Truppeneinsatz den B?rgerkrieg in Bosnien-Herzegowina beendet. Die Zahl der Soldaten wird wegen der sich positiv entwickelnden Sicherheitslage bis zum Zeitpunkt der Kommand?bergabe auf 7000 abgebaut werden. Diese St?rke soll auch die ALTHEA-Mission ungef?hr beibehalten. Im Grunde wird nur das Etikett ge?ndert.

Formal hat der britische Generalmajor Leakey und damit die EU das Sagen in Bosnien, den milit?rischen Oberbefehl f?hrt aber der stellvertretende NATO-Oberbefehlshaber f?r Europa, der deutsche Admiral

Rainer Feist. Die EU wird mit ALTHEA ihre insgesamt dritte Mission leiten, nach ihren Militäremissionen in Mazedonien und im Kongo. Die Dauer des EU-Einsatzes in Bosnien-Herzegowina ist nicht festgelegt, soll aber im zweiten Halbjahr 2005 bestimmt werden. Die NATO wird weiter mit einem eigenen Hauptquartier in Sarajevo präsent sein, um die Regierung zu beraten und die Suche nach Kriegsverbrechern fortsetzen zu können. Darauf hatte die NATO-Führungsmacht USA bestanden.

3. Das europäische Zaudern im Sudan

Der deutsche Außenminister Joschka Fischer wird nicht am EU-Ministerrat in Brüssel teilnehmen. Er bereist den Sudan, um mit der Führung in Karthum über die Lage der Flüchtlinge in der westsudanesischen Region Darfur und im angrenzenden Tschad zu sprechen. Fischer, so heißt es aus Regierungskreisen, möchte seine Reise durchaus als Zeichen dafür verstanden wissen, dass die EU seiner Meinung nach insgesamt die Krise in Darfur viel zu langsam angeht. Die EU-Botschafter konnten sich in Brüssel bei der Vorbereitung des Ministertreffens nicht darauf einigen, dem Sudan mit Sanktionen zu drohen, sollten Gewalt und Vertreibung in Darfur weitergehen.

Frankreich und, wenn auch weniger stark, Großbritannien bremsen allerdings das Engagement der EU. Im Weltsicherheitsrat der UN haben außerdem China und Russland Bedenken gegen Sanktionsdrohungen. Sie betrachteten das Elend der Flüchtlinge als "innere Angelegenheit" des Sudan, berichten Diplomaten in Brüssel. Nur die USA seien nach dem kürzlichen Besuch des amerikanischen Außenminister Colin Powell im Sudan bereit, entschlossener vorzugehen. Sollte die Regierung des Sudan nicht innerhalb der nächsten Wochen handeln, werde der Druck auf die EU, etwas zu unternehmen, stark zunehmen, heißt es.

Bernd Riegert